

**Nordrhein-Westfalen kommt wieder:**

**Mehr Selbstbestimmung wagen**

Regierungserklärung von  
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers

am Mittwoch, 13. Juli 2005

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

I.

Nordrhein-Westfalen ist ein schönes Land. Nordrhein-Westfalen ist stark. Unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind das Ergebnis harter Arbeit. Es gibt Probleme, und das nicht zu knapp. Aber wir in Nordrhein-Westfalen wissen, wir können diese Probleme meistern. Wir haben die Kraft dazu, das Wissen, die Ausbildung und die Infrastruktur. Was wir nicht hatten, war Klarheit und Verlässlichkeit.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben am 22. Mai bei der Landtagswahl entschieden, ein neues Kapitel in der Geschichte unseres Landes aufzuschlagen. Sie haben sich dazu entschieden, obwohl sie wußten, daß der Weg in den kommenden Jahren anstrengend ist. Er wird Opfer kosten, und jeder wird es merken.

Aber wir haben alle Chancen, wenn wir es nur wollen. Verzagtheit und Angst, die es allenthalben gibt, müssen einem neuen Selbstbewußtsein weichen. Es ist das Selbstbewußtsein derjenigen, die sich etwas zutrauen. An die Stelle von Staatsgläubigkeit und Korporatismus muß Selbstbestimmung und Selbstverantwortung treten -- an die Stelle bürokratischer Fremdbestimmung verantwortete Freiheit.

Ich wünsche mir, daß die Menschen auf diesem Weg mitgehen. Ich will auch diejenigen überzeugen, die uns nicht gewählt haben. Die neue Landesregierung vertritt die Interessen aller Menschen Nordrhein-Westfalens, nicht nur einzelner Gruppen.

Ich möchte, daß mehr Menschen wieder stolz sind auf unser Land, die Menschen, die hier geboren wurden ebenso wie Menschen, die zu uns gekommen sind. Nordrhein-Westfalen ist ein Land der Vielfalt. Das ist seine Stärke. Diesen Geist der Teilhabe und der Teilnahme werden wir neu beleben.

Ich möchte, daß die Menschen wieder mehr Vertrauen haben in die Stärke dieses Landes und in die Möglichkeiten, die es Ihnen bietet. Nordrhein-

Westfalen ist mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet, mit Westfalen und Lippe das größte und vielfältigste Land der Bundesrepublik Deutschland. Die Stärke des Landes muß für die Menschen wieder erlebbar werden. Innerhalb und außerhalb unserer Landesgrenzen. Denn Nordrhein-Westfalen ist das Herz Europas und wir sind Deutschlands starke Schultern.

Ich möchte, daß die Menschen wieder mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit sind eine traurige Realität nach vier Jahrzehnten. Aber dies soll nicht mehr das Lebensgefühl der Menschen bestimmen. Der Aufbruch, für den die Koalition der Mitte aus CDU und FDP steht, wird den Menschen in Nordrhein-Westfalen das Vertrauen in die Zukunft wiedergeben.

Wir können und wir wollen keine Wunder versprechen.

Aber ich bin sicher: Nordrhein-Westfalen kommt wieder.

Was wir versprechen, ist harte Arbeit, Ausdauer und der volle Einsatz für unser Land. – Es wird nicht schnell gehen, aber es wird wieder bergauf gehen mit Nordrhein-Westfalen.

Wir werden Bedingungen schaffen, unter denen Arbeit Vorfahrt hat.

Wir werden Bedingungen schaffen, die jungen Frauen und Männern Mut machen, Familien zu gründen und Kinder großzuziehen.

Wir werden Bedingungen schaffen, unter denen Wohlstand für alle möglich ist.

Und wir werden Bedingungen schaffen, unter denen sich Gemeinsinn entfalten kann und die Solidarität in unserer Gesellschaft wieder wächst.

Nordrhein-Westfalen wird ein Land der neuen Chancen.

II.

Meine Regierungserklärung ist kein Maßnahmenkatalog, sondern beschreibt ein Programm. Ein Programm der Solidarität und der Leistungsbereitschaft.

Unser Ziel ist die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft und die Rückbesinnung auf das christlich-jüdisch-abendländische Wertefundament, das ihr zugrunde liegt. Deshalb wollen wir gemeinsam die Proportionen wieder zurechtrücken, die aus dem Lot geraten sind:

Freiheit vor Gleichheit,

Privat vor Staat,

Erarbeiten vor Verteilen,

Verlässlichkeit statt Beliebigkeit.

Wir müssen die Wirklichkeit wieder so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist. Verteilt werden kann nur das, was vorher erwirtschaftet wird. Das weiß jeder Privatmann. Der Staat muß es auch wieder lernen.

Wir müssen aufhören, mit ungedeckten Schecks zu bezahlen. Das ist nicht nur verfassungswidrig. 110 Milliarden Euro Schulden sind kein Erfolg einer Politik für mehr Gerechtigkeit, sondern eine Gefahr für den Sozialstaat. Nordrhein-Westfalen lebt von der Substanz. Die Finanzpolitik der vergangenen Jahre hat die Menschen ärmer gemacht. Sie hat Investitionen verhindert und Chancen minimiert. Sie hat zu 1 Million Arbeitslosen, zu Mittelmaß in unserem Bildungswesen, zu immer mehr Insolvenzen geführt.

Statt einer nachhaltigen Finanzpolitik wurden immer mehr Gesetze und Regeln erlassen, Behörden gegründet, Gesellschaften ausgegliedert, Initiativen gestartet, Programme aufgelegt. Das ganze wurde Entbürokratisierung genannt. Aber das Land muß 2005 mit 345.000 Stellen genau so viele Stellen bezahlen wie 1998. Keine einzige Stelle wurde abgebaut. Die Personalkosten sind immer weiter gestiegen und liegen bei 21,5 Mrd. Euro (einschl. ausgelagerter Bereiche). Die Pensionskostenlawine

steht erst noch bevor; der Betrag wird sich von heute 4,3 Mrd. Euro bis 2020 fast verdoppeln. Es ist ein Regelungsdrickicht entstanden, das Freiheit eingeschränkt hat, das Selbstbestimmung und Selbstverantwortung behindert hat. Und nicht zuletzt: Unsere Gesellschaft ist dadurch unsolidarischer geworden.

Die Menschen wollen keine leeren Versprechungen. Sie wollen eine Politik, die sich der Wirklichkeit stellt, statt Probleme zu verschleiern oder ihre Lösung auf kommende Generationen zu verschieben.

Wir werden den Haushalt des Landes sanieren. Das geht nicht in einer Legislaturperiode, aber es geht. Deshalb gibt es auch keine politischen Geschenke. Deshalb gibt es keine Konjunkturprogramme. Deshalb gibt es keine Leuchtturmprojekte. Wir können froh sein, wenn es uns gelingt, die wirtschaftsnahe, die soziale und die kulturelle Infrastruktur in unserem Land zu erhalten und in Ordnung zu bringen. An Ausbau ist in den nächsten Jahren nicht zu denken.

Wir konsolidieren aber nicht nur, wir investieren auch in Zukunft.

In Zeiten radikaler Umbrüche und Veränderungen erwarten die Menschen von der Politik wieder Orientierung. Die Politik muß wieder Ziele setzen. Sie muß wieder bereit sein, Prioritäten zu setzen und Entscheidungen auch dann durchzuhalten, wenn sie auf Widerstand treffen. Sie muß wieder Ansprüche an sich selbst und die Menschen stellen. Sie muß zeigen, daß viel geht, wenn man es will und wenn es gerecht zugeht.

Um Orientierung zu geben, muß die Politik sagen können, welchen Staat, welche Gesellschaft sie anstrebt. Es war ein schwerwiegender Mangel der bisherigen Politik, daß sie kein Konzept erkennen ließ und keine gesellschaftliche Zielvorstellung. Wer kein Ziel oder Projekt hat, für den ist jeder Weg der richtige. Die Menschen haben das Vertrauen in diese Politik der Beliebigkeit verloren.

Die Koalition der Erneuerung aus CDU und FDP hat die Bürgerinnen und Bürger nicht im unklaren über ihr Ziel gelassen, und ich behaupte, daß der Wahlsieg vom 22. Mai so nur wegen dieser Klarheit errungen werden konnte.

Wir wollen in Staat und Gesellschaft mehr Selbstbestimmung wagen. Wir wollen, daß die Menschen mehr Verantwortung für sich und das Gemeinwohl übernehmen.

Konkret heißt das:

1. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft wiederbeleben als eine Ordnung der Freiheit. Wir brauchen Wachstum. Wachstum braucht Freiheit. Ein Staat, der alles an sich zieht und auf allen Feldern regelt, ist ein schwacher Staat. Er überfordert sich und die Menschen. Nur ein Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, ist stark.

Wir lösen die Probleme des Landes nicht durch immer mehr staatliche Regulierungen, Gesetze, Erlasse, Verordnungen, Programme und Landesinitiativen. Wir lösen sie, indem wir den Menschen wieder vertrauen, ihnen wo nötig Selbstbestimmung und Selbstverantwortung auch wieder zumuten. Deshalb lassen wir wieder Ordnungspolitik an die Stelle der Regelungspolitik treten. Ordnungspolitik beschränkt sich darauf, den Rahmen vorzugeben, in dem die Menschen ihre Dinge selbst regeln, als Subjekte ihres Lebens und nicht als Objekte staatlicher Bevormundung.

Wir werden den Menschen mehr Freiheit geben, die gute Ideen umsetzen wollen. Wir geben den Menschen mehr Freiheit, die mit besserer Bildung bessere Chancen suchen. Wir geben den Menschen mehr Freiheit, die Familie und Beruf vereinbaren wollen. Wir geben den Menschen mehr Freiheit, die eigene Wege gehen wollen.

2. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft wiederbeleben als eine Ordnung der Solidarität und der Subsidiarität. Wir wollen Gerechtigkeit. Gleichheit ist nicht gerecht. Gerecht ist, Vielfalt zuzulassen und dabei stärker auf Teilhabe zu setzen als auf Umverteilung. Wir wollen Solidarität. Klassenkampf ist nicht

solidarisch. Solidarisch ist, gegenseitige Verantwortung der Starken für die Unterstützung der Schwächeren und der Schwächeren für die Leistungsfähigkeit der Starken zu organisieren.

Es war falsch, Solidarität als Sache des Staates und nicht mehr der Gesellschaft und jedes Einzelnen zu begreifen. Es ist mit der Freiheit, Würde und Eigenverantwortung jedes Einzelnen nicht vereinbar, daß der Staat immer mehr Aufgaben für den Einzelnen wahrgenommen und sich immer mehr Zuständigkeiten angemaßt hat. Wir werden das ändern.

3. Wir wollen die Ordnungspolitik, die von den Vätern der sozialen Marktwirtschaft als wirtschaftliche Strukturpolitik entwickelt wurde, um eine soziale Ordnungspolitik ergänzen. Die Absicherung normaler ökonomischer Risiken und die Sicherung von Lebensstandards muß stärker auf privater Basis erfolgen. Die Solidargemeinschaft kann nur noch die Grundsicherung gewährleisten. Das muß sie aber verlässlich über Jahrzehnte garantieren. Zur Absicherung des Lebensstandards wird mehr private Vorsorge nötig. Soziale Ordnungspolitik setzt auf das Versicherungsprinzip, auf selbstverwaltete und politikferne Sozialsysteme, auf Selbstverwaltung der Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, auf eine starke kommunale Selbstverwaltung. Versicherungsfremde Leistungen dürfen aus den Sozialkassen nicht mehr bezahlt werden, sondern müssen aus Steuermitteln erbracht werden. In der sozialen Ordnungspolitik muß sich Leistung lohnen. Wer vorsorgt und sich abgesichert hat darf, wenn er in Not gerät, nicht so behandelt werden, als hätte er nicht vorgesorgt.

4. Wir wollen die soziale Marktwirtschaft wiederbeleben als eine Ordnung, in der der Wettbewerb als überlegenes Organisationsprinzip anerkannt wird, und zwar nicht nur auf den Märkten, sondern auch in Schulen und Hochschulen. Markt und Wettbewerb sind zweierlei. Ich spreche nicht von der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Bildungschancen dürfen z.B. nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es gibt Dinge, die außerhalb von

Angebot und Nachfrage liegen. Ich spreche vom Wettbewerb als Organisationsprinzip. Deshalb will die neue Landesregierung Fördermittel im wettbewerblichen Verfahren vergeben und nicht mehr mit der Gießkanne. Der BioRegio-Wettbewerb hat gezeigt: Das ist erfolgreicher.

Die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft wird unser Land in den nächsten Jahren verändern und zu einem neuen Aufbruch führen. Wir wollen, daß Nordrhein-Westfalen bleibt, was es ist: ein weltoffenes, soziales, sicheres und lebenswertes Land. Aber unser Land bleibt nicht, wie es ist. Es wird ein anderes Nordrhein-Westfalen. Es wird freier und dynamischer, es läßt mehr Raum für Innovationen, Eigeninitiative und Kreativität, es wird attraktiver für Investitionen in die Zukunft. Es wird seinen Wohlstand wieder mehren, statt weiter von der Substanz zu zehren. Und es wird neue Arbeit geben.

### III.

Unser Land steht vor drei großen Herausforderungen.

- Wir nehmen die Herausforderungen der Globalisierung an durch eine nachhaltige und solide Haushaltspolitik, durch eine Wirtschaftspolitik zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung und durch eine Arbeitsmarktpolitik, die neue Chancen eröffnet.
- Wir nehmen die Herausforderungen der Wissensgesellschaft an durch eine neue Schul-, Hochschul- und Innovationspolitik, die unser Land aus dem Mittelmaß an die Spitze führt.
- Wir nehmen die Herausforderungen der demographischen Entwicklung an durch eine neue Politik für Kinder und Familien, durch eine Politik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, durch eine wirksame Integrationspolitik und durch eine Gesundheits- und Sozialpolitik, die das Älterwerden als Chance begreift.

#### IV.

Das Wort „Globalisierung“ steht für viele Ängste: In den Industrieländern für die Angst vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer, Angst vor sinkenden Einkommen, vor der Konkurrenz ausländischer Arbeitskräfte. Aber auch für die Angst vor dem Verlust gewachsener Strukturen und regionaler Identität.

Globalisierung ist nichts Neues. Sie ist nicht aufzuhalten. Sie eröffnet vor allem neue Chancen. Wir Deutsche profitieren schon lange davon. Wir sind Weltmeister im Export. Wir verdienen unser Geld auf den Märkten der Welt.

Die Globalisierung führt nicht zwangsläufig zu Sozialabbau. Die Gründe für die Probleme unseres Sozialsystems liegen nicht in der Globalisierung, sondern daran, daß wir über unsere Verhältnisse gelebt haben, daß wir immer mehr Schulden gemacht haben, daß immer weniger Kinder geboren werden und immer mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weggefallen sind.

Die richtige Strategie, mit den Umbrüchen der Globalisierung fertigzuwerden, ist nicht das Lamentieren.

Die Globalisierung bietet den Menschen und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen große Chancen. Wir werden diese Chancen besser nutzen.

Dazu gehört, daß wir durch die Sanierung des Landeshaushalts Schritt für Schritt neue Spielräume für Investitionen und Innovationen schaffen und dadurch mehr Wachstum ermöglichen. Wachstum führt zu mehr Beschäftigung.

Wir werden die Nettoneuverschuldung des Landes in den nächsten Jahren kontinuierlich reduzieren und den ungebremsten Ausgabenanstieg nachhaltig zurückführen. Unser Ziel ist ein verfassungskonformer Haushalt. Das wird

angesichts von 110 Mrd. Euro Schulden nicht von heute auf morgen gelingen. Aber es gelingt, wenn wir sofort damit beginnen.

Deshalb haben wir nach der Regierungsübernahme eine Haushaltssperre verhängt. Deren Wirkung ist begrenzt, aber es ist ein wichtiges Zeichen. Für 2005 legen wir einen Nachtragshaushalt vor. Er ist gleichzeitig die Schlussbilanz von Rot-Grün. Wir werden darin alle im Haushalt und den Nebenhaushalten schlummernden Risiken aufdecken und etatisieren.

Wir werden eine Kommission mit hochrangigen Finanzexperten mit einer grundlegenden Bestandsaufnahme der Haushaltssituation des Landes beauftragen und ein Haushaltssicherungskonzept vorlegen.

In der Landesverwaltung werden wir jährlich 1,5 % der Stellen abbauen. Ausgenommen sind die Bereiche Polizei, Justiz, Finanzen, Schule und Hochschule. Rationalisierungsgewinne aufgrund der demographischen Entwicklung müssen erwirtschaftet werden.

Die Mittel für Leistungsgesetze und Förderprogramme werden um bis zu 20 Prozent zurückgefahren.

Den Satz „Geht nicht“ gibt es angesichts der Schuldenlast des Landes nicht. Wo weniger Geld ist, sind mehr Ideen und mehr Phantasie gefragt. Dafür werden wir Zeit und Raum geben, damit man sich darauf einstellen kann.

Wir werden die wenigen noch vorhandenen Vermögenswerte des Landes veräußern müssen. Wir werden das Vermögensmanagement des Landes neu aufstellen und uns von Beteiligungen teilweise trennen. Wir wollen die Wohnungen der LEG unter Berücksichtigung der notwendigen Sozialstandards verkaufen.

Den Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) und die Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) wollen wir neu ordnen und zusammenlegen. Die Jahresabschlüsse beider Unternehmen für 2004 zeigen, daß das notwendig ist. Beim BLB sind Wertberichtigungen von 750 Mio. Euro erforderlich gewesen, bei der LEG ist die Bestandsaufnahme noch nicht

abgeschlossen.

„Was alle betrifft, muß von allen diskutiert werden“, heißt es bei Cicero. Der Streit hat seinen Ort in den Parlamenten. Zu viele Entscheidungen laufen aber am Landtag vorbei. Das hat zur Erstarrung beigetragen.

Landesgesellschaften und Landesinitiativen, Gremien, Berater und Experten, Lobbyisten und die öffentliche Verwaltung bilden mittlerweile ein informelles und kostspieliges Machtgeflecht. Gleiches gilt auf kommunaler Ebene für das Leitbild "Konzern Stadt". Viele Menschen haben den Verdacht, daß es häufig um die Durchsetzung von Einzelinteressen geht und nicht um das Gemeinwohl. Ich will, daß die Politik in Nordrhein-Westfalen transparenter wird. Wo undurchsichtige Strukturen bestehen, müssen sie abgebaut werden. Daß sie bestehen, ist gerade erst wieder vom Landesrechnungshof mit Bezug auf die Landesentwicklungsgesellschaft festgestellt worden. Die LEG ist mittlerweile auf über 100 Beteiligungen angewachsen; darunter Tochtergesellschaften zum Betrieb von Autohäusern, auch außerhalb NRWs, oder eine Musical-Gesellschaft. Das zuständige Ministerium hatte nicht einmal Kenntnis von allen Beteiligungen. Das ist vordemokratisch und ineffizient. Das kann so nicht bleiben.

Jahrzehnte wurden Schulden gemacht, um den Aufschwung nicht kaputtzusparen. Diese Wirtschaftspolitik à la Keynes ist gescheitert. Eine neue Wirtschaftspolitik setzt auf die Konsolidierung der Staatshaushalte und schafft damit Spielräume für Investitionen und Innovationen. So entstehen neue Arbeitsplätze.

V.

Wir werden die Wirtschaftspolitik des Landes auf Wachstum und Beschäftigung im globalen Wettbewerb ausrichten.

Die Landesregierung bekennt sich nachdrücklich zum Industriestandort

Nordrhein-Westfalen. NRW bleibt industrieller Kern in Deutschland und Europa. Die nordrhein-westfälische Industrie ist international wettbewerbsfähig. Das ist die Wahrheit, auch wenn oft so getan wird, als sei es anders. Viele Unternehmensführungen haben in den letzten Jahren Großes geleistet. Dafür verdienen sie Anerkennung und keine Kapitalismuskritik. Der Preis für die Wettbewerbsfähigkeit ist allerdings hoch. Sie wurde durch harte, aber unumgängliche Rationalisierungsmaßnahmen erkaufte. Wo sie nicht erfolgt sind, wie z.B. bei Babcock, haben die Firmen nicht überlebt, oder es wurden, wie bei der WestLB, Milliardenverluste gemacht. In diesem schwierigen Prozeß hat sich die Mitbestimmung bewährt. Dies stelle ich ausdrücklich fest.

Neue Arbeitsplätze entstehen aber nicht da, wo die alten verloren gingen. Sie entstehen da, wo durch neue Ideen, neue Produkte und neue Dienstleistungen neuen Märkte erschlossen werden. Sie entstehen heute vor allem durch das Wachstum mittelständischer Unternehmen und durch Neugründungen. Deshalb rücken wir den Mittelstand in das Zentrum der Wirtschaftspolitik. Unser Ziel ist: Hürden und Hindernisse für unternehmerisches Handeln aus dem Weg zu räumen und die begrenzten Fördermöglichkeiten des Landes zielgenauer einzusetzen.

Wir wollen die Partner aus Kammern und Kommunen dafür gewinnen, daß in allen Regionen des Landes zentrale Anlaufstellen eingerichtet werden, wo Gründer und Unternehmen bei der Erledigung unvermeidlicher Formalitäten unterstützt und gut informiert und beraten werden.

Wenn aus Forschungsergebnissen schneller marktfähige Produkte werden sollen, müssen wir Netzwerke zwischen Unternehmen und zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen stärken. Dies werden wir tun. So bilden sich regionale Branchen- und landesweite Technologiecluster, die die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen stärken.

Wir werden Berichtspflichten für mittelständische Unternehmen im Dialog mit

der Wirtschaft reduzieren. Als Modell dient uns die Region Ostwestfalen-Lippe. Der in der Region erzielte Konsens zum Bürokratieabbau hat dazu beigetragen, für die Wirtschaft Hindernisse abzubauen. Wir wollen diesen Prozeß auf das ganze Land ausdehnen.

Europäische Vorgaben werden in Nordrhein-Westfalen nur noch im Verhältnis 1:1 umgesetzt. In NRW wird es kein Draufsatteln mehr geben. Dies beinhaltet auch den Abbau oder die Flexibilisierung von Standards.

In Nordrhein-Westfalen ist ein nicht mehr überschaubares Dickicht von über 50 Wirtschafts- und Technologieförderprogrammen, -initiativen und -maßnahmen gewuchert. Wir konzentrieren die Förderprogramme bei der NRW.BANK. Es wird ein Instrumentarium zum Controlling von Förderprogrammen eingeführt.

Um der Eigenkapitalschwäche innovativer und technologieorientierter Unternehmen entgegenzuwirken, entwickeln wir mit der NRW.BANK ein Angebot für die Bereitstellung von Risikokapital für die frühe Phase von High-Tech Unternehmen.

Die neue Landesregierung wird ein verlässlicher Partner des Handwerks sein. Das Handwerk ist mit 150.000 Betrieben, 1 Mio. Beschäftigten und einer Ausbildungsquote von 10 % in allen Regionen Nordrhein-Westfalens der beschäftigungs- und ausbildungsstärkste Sektor unserer Wirtschaft. Das Handwerk ist unentbehrlich für die Qualifikationskultur in unserem Land. Um die Eigenkapitalausstattung von jungen Handwerkern zu verbessern, erhöhen wir die Meistergründungsprämie um 2 Millionen Euro.

Ordnungspolitik bedeutet, daß der Staat nicht als Konkurrent auftritt. Dem Grundsatz "Privat vor Staat" entsprechend werden wir staatliche Aufgaben auf ihre Privatisierungsfähigkeit prüfen und das Gemeindefinanzrecht überarbeiten. Wo private Unternehmen eine Aufgabe ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen können wie die öffentliche Hand, ist für

erwerbswirtschaftliche Aktivität des Staates und der Kommunen kein Raum.

Ordnungspolitik bedeutet, daß der Staat fairen und freien Leistungswettbewerb gewährleistet. Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung und Vereinfachung des Vergaberechts ein und sorgen dafür, daß es auch durch die Landesbetriebe angewendet wird.

Ordnungspolitik verbietet, daß der Staat gesetzlich regelt, was durch freiwillige Vereinbarung erreicht werden kann. Die Landesregierung wird einen „Umweltdialog NRW“ mit der Wirtschaft ins Leben rufen. In NRW gilt in Zukunft der Vorrang freiwilliger Vereinbarungen.

Ordnungspolitik verbietet, daß der Staat Händlern vorschreibt, wann sie an Arbeitstagen ihre Läden öffnen dürfen und wann nicht. Wir werden unmittelbar nach der Übertragung der Gesetzgebungskompetenz auf die Länder die Ladenöffnungszeiten an Werktagen vollständig freigeben, nicht an Sonn- und Feiertagen.

Die drückende Last hoher Energiepreise für Verbraucher und die mittelständische Wirtschaft muß reduziert werden, weil sie Arbeitsplätze kostet. Wir werden die Kompetenzen, die uns das neue Energiewirtschaftsgesetz bei der Ausgestaltung marktgerechter Netznutzungsentgelte im Bereich der Strom- und Gasversorgung bietet, konsequent nutzen.

Ordnungspolitik bedeutet Verzicht auf Dauersubventionen. Wir werden im Bundesrat initiativ, um die Überförderung der Windkraftnutzung im Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) zu stoppen. Wir schaffen die planerischen Voraussetzungen dafür, daß die Beeinträchtigungen durch die Nutzung der Windkraft minimiert werden. Wir wollen die Privilegierung der Windkraft, die unter anderen Voraussetzungen gesetzlich verankert wurde, im Baugesetzbuch streichen.

VI.

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1. Wir brauchen ein starkes NRW-Unternehmen RAG. Wir begrüßen deshalb den Börsengang der RAG, erwarten aber zugleich die Unterstützung der Gesellschafter beim Ausstieg aus dem subventionierten Kohlebergbau.

Wir wissen, daß der geltende Zuwendungsbescheid über die kommenden drei Jahre dem Unternehmen einen Anspruch auf die zugesagten Steinkohle-Beihilfen gewährt. Gleichwohl wollen wir bis 2010 kumulierte Einsparungen in Höhe von 750 Mio. € erreichen. Unser Ziel ist der Auslauf des subventionierten Steinkohlenbergbaus. Das ist möglich, ohne den Weg der sozialverträglichen Anpassung zu verlassen. Wir werden gemeinsam mit der neuen Bundesregierung, mit dem Unternehmen, seinen Gesellschaftern und der Gewerkschaft Gespräche aufnehmen, um die angestrebten Ziele zu erreichen.

VII.

Nordrhein-Westfalen ist ein starker Finanzplatz. Jährlich werden mehr als 18 Mrd. € Wertschöpfung im Finanzsektor in Nordrhein-Westfalen erzielt. Vier der zehn größten Versicherungskonzerne haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommen die beiden Provinzialversicherungen Westfalen (Münster) und Rheinland (Düsseldorf).

Für Wachstum und Beschäftigung vor allem im Mittelstand haben Banken, Sparkassen und Versicherungen eine herausragende Funktion: bei der Vergabe von Krediten, aber auch als Investoren. Das ist wichtig für Arbeitsplätze im Mittelstand und im Finanzsektor.

Wir werden einen „Finanzplatzdialog NRW“ mit den Spitzen der Finanzwirtschaft und Finanzwissenschaft ins Leben rufen. Wir werden die Börse Düsseldorf als wichtigen Bestandteil des Finanzplatzes unterstützen.

Wir unterstützen die eingeleitete Neuausrichtung der WestLB AG. Sie ist die größte in unserem Land ansässige Bank. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Die Landesbeteiligung an der WestLB AG wollen wir, auch im Interesse eines stabilen Wachstums der Bank, bestmöglich nutzen. Das schließt einen Verkauf, auch unter Inanspruchnahme des Kapitalmarktes, ein.

VIII.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Medienland. Der Mediensektor gehört zu den Grundpfeilern des High-Tec-Landes NRW. Die hohe Beschäftigungswirkung und Wertschöpfung unserer Medienunternehmen muß erhalten und ausgebaut werden. Die neue Landesregierung wird dazu geeignete Schritte tun

- Der Landessender WDR soll dauerhaft in die Lage versetzt werden, die technischen Innovationen der Gegenwart und Zukunft gemäß seinen Programmauftrag zu nutzen.
- Durch neue attraktive Ausbildungs- und Fortbildungsstrukturen und durch eine unmittelbare Verzahnung mit den bei uns ansässigen öffentlich-rechtlichen und privaten Medienunternehmen schaffen wir insbesondere für den Nachwuchs eine Perspektive primär hier bei uns in NRW - und nicht in anderen Bundesländern.
- Durch die Abkehr vom förderpolitischen Gießkannenprinzip und die Erarbeitung einer Cluster-Strategie verstärken wir die Wachstums- und Expansionschancen in den
- nordrhein-westfälischen Kernregionen der Medien- und Telekommunikationsbranche.
- Die Zeitungsverleger unterstützen wir bei dem Versuch, Kooperationen zur Aufrechterhaltung eines hohen journalistischen Anspruchs herbeizuführen.

IX.

Nordrhein-Westfalen braucht ein starkes Ruhrgebiet. Ich weigere mich, wie ich es schon gehört habe, zu sagen, NRW ginge es gut, wenn es das Ruhrgebiet nicht gäbe. Wenn es einem Teil des Landes nicht gut geht, dann geht es dem ganzen Land nicht gut. Es wird keine Bevorzugung des Ruhrgebiets geben, aber wir werden im Rahmen einer „Initiative Zukunft Ruhr“ dafür sorgen, daß das Ruhrgebiet neue Chancen bekommt.

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll dem Ruhrgebiet helfen, sich als Innovationsregion Deutschlands zu profilieren. Zur Unterstützung des Strukturwandels setzen wir bei den vorhandenen Stärken an. Im mittleren Ruhrgebiet ist es die Gesundheitswirtschaft, im Raum Dortmund um die Mikrosystemtechnik, im Raum Duisburg die Logistik, im Emscher-Lippe-Raum sind es die Wertschöpfungsketten der chemischen Industrie. Wir wollen leistungsfähige wissenschaftliche Einrichtungen stärken und neu ansiedeln. Wachstums- und Ansiedlungsanreize für mittelständische Unternehmer und Existenzgründer in den innovativen, zukunftssträchtigen Sektoren sollen helfen, zusätzliche Arbeitsplätze in der Region zu schaffen. Unser Ziel ist, einen Teil der Mittel dafür einzusetzen, die durch den Abbau der Steinkohlesubventionen gewonnen werden.

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll zu einer flexibleren Nutzung und Verbesserung des Verkehrssystems und zur städtebaulichen Innovation in der Region beitragen. Wir wollen gemeinsam mit dem Bund ein Express-Bahn-System konzipieren, mit dem die Infrastrukturdefizite im Ballungsraum überwunden werden. Zunächst wollen wir das bestehende Netz benutzerfreundlich optimieren. Unser Ziel ist ein Bahn-Ring Rhein-Ruhr-Wupper. Bei den Straßen ist der dreispurige Ausbau der B1 erforderlich; bis dahin soll, wo möglich, die Standspur mitbenutzt werden können, um Staus zu vermindern.

Wir wollen verhindern, daß Teile des Ruhrgebiets zu städtebaulichen und sozialen Brennpunkten werden. Der Emschergenossenschaft und den Kommunen stehen wir bei dem zukunftsweisenden Gemeinschaftswerk „Neues Emschertal“ als Partner zur Seite, um den Menschen einen fast verlorenen Lebens- und Arbeitsraum im Herzen des Ruhrgebiets zurückzugeben. Wir müssen verhindern, daß es Slums mitten in unserem Land gibt.

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll die bessere Vernetzung der Kulturregion und des Kongreßstandortes Ruhrgebiet unterstützen. Die Landesregierung begrüßt und unterstützt nachdrücklich die Bewerbung Essens als Kulturhauptstadt 2010. Das Motto „Kultur durch Wandel – Wandel durch Kultur“ steht für die massiven Veränderungen, die das Ruhrgebiet hinter sich hat und die Chancen, die es nutzen kann. Wir wollen helfen, daß sich das Ruhrgebiet weiter als Kulturregion profiliert: durch seine herausragenden Einrichtungen und seine Beiträge von nationaler und internationaler Bedeutung.

Die „Initiative Zukunft Ruhr“ soll die Einheit der Region vorantreiben und ein einheitliches Regionalmarketing unterstützen. Das Ruhrgebiet soll stärker für sich selbst verantwortlich sein. Wir werden deshalb die bisher durch die drei Bezirksregierungen Arnsberg, Münster und Düsseldorf wahrgenommene Zuständigkeit für die Regionalplanung auf den Regionalverband Ruhr verlagern.

X.

Die Wettbewerbsfähigkeit Nordrhein-Westfalens erfordert eine gute Verkehrsinfrastruktur und die Einbindung in die internationalen Verkehrswege. Die Substanz ist da, aber ihr Erhaltungszustand läßt zu wünschen übrig.

Wir wollen unser Land und unsere Wirtschaft aus dem Stau herausbringen. Die dramatische Finanzlage des Landes zwingt uns, die Priorität beim Erhalt der Substanz zu setzen. Für neue Großprojekte ist kaum Geld da. Die Kapazität vorhandener Verkehrswege wollen wir erhöhen und Lücken im Netz schließen. Die notwendigen Entscheidungen werden wir zügig und ohne ideologische Scheuklappen treffen. Unsere Ziele sind weniger Staus, mehr Verkehr im ÖPNV, pünktlich und mit besserem Service, und Flughäfen von europäischem und internationalem Rang. Flughäfen sind Jobmaschinen in der globalisierten Welt. Wir wollen ihr Potential nutzen.

XI.

Die Wiederbelebung der sozialen Marktwirtschaft erfordert den Abbau von bürokratischen Strukturen. Das schafft Arbeit. Auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung setzen heißt, den Menschen nicht mehr vorschreiben, wie sie zu leben haben. Weder durch Gesetze noch durch goldene Zügel. Mit uns hört der Staat auf, sich in alles einzumischen. Wir nehmen Subsidiarität ernst. Der Staat übernimmt nur dann Aufgaben für den Einzelnen, wenn dieser selbst nicht dazu in der Lage ist. Staatliche Macht wird beschnitten, weniger Staat führt zu mehr Selbstbestimmung.

Deshalb stellen wir die öffentliche Verwaltung neu auf. Kann eine staatliche Aufgabe entfallen, entfällt sie. Kann sie privatisiert werden, wird privatisiert. Kann sie kommunalisiert werden, geht sie in die kommunale Selbstverwaltung über.

Wir beseitigen Doppel- und Mehrfachzuständigkeiten. Sonderbehörden werden soweit als möglich aufgelöst, kommunalisiert bzw. in die allgemeine Verwaltung integriert. Wir werden Standards abbauen und den Kommunen mit einem Gesetz zur Standardflexibilisierung den Entscheidungsspielraum zur Abweichung von kostspieligen Standards geben.

Wir beginnen mit der Neuaufstellung der Verwaltung sofort. Bis zur Mitte der nächsten Legislaturperiode wird sie abgeschlossen sein. Dann gibt es einen auf seine Kernaufgaben konzentrierten Staat, eine starke kommunale Selbstverwaltung und drei Regionalpräsidien für das Rheinland, das Ruhrgebiet und für Westfalen.

Zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung gehört für uns, den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort mehr Entscheidungsmöglichkeiten geben. Dazu gehört, daß wir die Wahl der Bürgermeister und Landräte von der Wahl der Räte und Kreistage abkoppeln werden. Dazu gehört, daß wir den Ratsbürgerentscheid einführen werden. Wir wollen, daß in wichtigen kommunalen Angelegenheiten der Rat oder der Kreistag die Bürgerinnen und Bürger selbst entscheiden lassen kann.

Ähnlich verhält es sich ja zwischen Land und Bund. Wir bedauern, daß die Föderalismuskommission gescheitert ist und setzen uns für eine Wiederaufnahme der Reformbemühungen ein.

Die neue Landesregierung wird dabei auf die Unterstützung aller im Landtag vertretenen Fraktionen setzen. Ich wünsch mir, daß wir gemeinsam zu Vorschlägen und Lösungen kommen:

- zu Lösungen für die Neuordnung der Finanzverfassung, einschließlich der Sicherung der kommunalen Finanzen,
- zu Lösungen für eine klare Aufteilung von Gesetzgebungskompetenzen auf den Bund oder auf die Länder,
- und zu Lösungen für eine eindeutige und klare Verbindung von Aufgaben und Ausgaben.

Wir werden uns dafür einsetzen, daß

- Schluss ist mit detailversessenen Rahmengesetzen
- Schluss ist mit den ausufernden Gemeinschaftsaufgaben, bei denen jeder bei allem mitredet und keiner mehr für das Ergebnis verantwortlich ist,
- und daß Schluss ist mit dem Hineinregieren des Bundes in die Verwaltungsorganisation der Länder.

Verglichen mit dem Kompetenzgeflecht zwischen Bund und Ländern ist der Gordische Knoten eine Haarschleife. Wir müssen diese Knäuel entwirren, damit wir dem föderalen Prinzip, für das wir eintreten, wieder zu seinem Recht verhelfen.

XII.

Sozial ist, was Arbeit schafft und sichert. Das ist die Leitlinie unserer Politik für mehr Arbeitsplätze.

Die Politik schafft keine Arbeitsplätze. Sie kann aber den richtigen Rahmen für wirtschaftliche Dynamik und Beschäftigungsaufbau setzen. Und sie muß gewährleisten, daß jeder die theoretischen und praktischen Qualifikationen erwerben kann, die er im Beruf braucht.

Jeder Jugendliche verdient eine faire Chance am Beginn des Arbeitslebens. Auch in diesem Ausbildungsjahr gibt es Probleme. Bis Juni haben sich 29.240 mehr junge Menschen beworben als Lehrstellen zur Verfügung stehen. Damit alle versorgt werden können, müssen noch große

Anstrengungen unternommen werden.

Wir setzen den bewährten Ausbildungskonsens NRW fort. Es bleibt bei der Zusage an alle unvermittelten ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen in NRW, daß sie ein konkretes und realistisches Ausbildungs-, Qualifizierungs- oder berufliches Integrationsangebot erhalten werden.

Ich sehe gute Chancen, hier in betrieblichen Bündnissen für mehr Ausbildung neue Akzente zu setzen. Wir müssen es schaffen, daß sich wieder mehr Betriebe beteiligen und Ausbildungsplätze bereitstellen.

Wir setzen auch neue Schwerpunkte:

Jugendliche müssen viel früher als heute auf das Berufsleben vorbereitet werden. Wir befürworten deshalb Partnerschaften zwischen Schule und Betrieb. In NRW bilden zur Zeit nur noch 30% der Betriebe aus. Es ist eine wichtige Aufgabe, weitere Betriebe für die Ausbildung zu gewinnen. Hier tragen die Kammern eine große Verantwortung im Rahmen des Ausbildungskonsenses.

Kleinen und mittleren Betrieben wollen wir die Teilnahme an der Ausbildung erleichtern. Der damit verbundene bürokratische Aufwand soll ihnen abgenommen werden. Das gilt auch für Teile der praktischen Ausbildung, die der Betrieb nicht leisten kann. Berufskollegs beteiligen sich an diesen Partnerschaften, indem sie den Unterricht flexibler und betriebsgerechter anbieten.

Wir wollen das System der dualen Berufsausbildung stärken und weiter entwickeln. Wir werden uns deshalb für mehr einfachere und praxisorientierte Ausbildungen einsetzen, die flexibel und für Aufstiegsmöglichkeiten offen bleiben. Das funktioniert, wenn man Ausbildung in Stufen organisiert und auf jeder Stufe auch schon erworbene Teilqualifikationen testiert. Dazu wollen wir ein Bausteinsystem aufbauen, in dem keine Bildungs- oder Ausbildungsleistung verloren geht oder mehrmals verlangt wird.

Wir wollen durch ein Modellprojekt erproben, ob und wie über einen

Kombilohn lernschwache und behinderte Jugendliche beruflich in Betriebe integriert werden können. Dieses Angebot soll in erster Linie Jugendlichen zugute kommen, die sich für eine einfach strukturierte Arbeit eignen.

XIII.

In Nordrhein-Westfalen sind mehr als 1 Million Menschen ohne Arbeit. Jeder Dritte ist bereits länger als ein Jahr arbeitslos.

Wir werden neue Beschäftigungsmöglichkeiten zulassen, die die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen helfen. Das gilt in erster Linie für die haushaltsnahen Dienstleistungen. Dieser Beschäftigungssektor wird umso wichtiger, als sich durch die demographische Entwicklung die Nachfrage erhöhen wird. Hier liegt ein großes Potential von neuen Jobs allein in NRW. Wir übernehmen Pionierverantwortung bei der Erschließung haushaltsnaher Beschäftigung und setzen uns ein für

- die Schaffung und Förderung privater Agenturen zur Vermittlung haushaltsnaher Dienstleistungen
- die generelle steuerliche Anerkennung von Privathaushalten als Arbeitgebern
- die Novellierung der hauswirtschaftlichen Ausbildung
- nachvollziehbare, unbürokratische und effizientere steuer- und sozialversicherungsrechtliche Regelungen für eine Tagesmütter- und Tagesväter-Initiative.

Dazu gehört auch die Schaffung von neuen Angeboten für Senioren, wie z.B. Hilfen im Haushalt oder bei Ämtergängen. Damit kann und soll Fachpflege nicht ersetzt, sondern ergänzt werden. In Kooperation mit den Kommunen tragen wir damit zur Steigerung der Lebensqualität bei.

Auch für die heutigen Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld

muss es verlässliche Perspektiven geben.

Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes muß statt an das Lebensalter stärker an die Dauer der Beitragszahlung gekoppelt und dementsprechend gestaffelt werden, ohne daß neue Frühverrentungsanreize oder Beitragssteigerungen entstehen. Zum andern muss beim Bezug des Arbeitslosengeldes II das, was die Menschen sich zur Altersvorsorge zurückgelegt haben, stärker als bisher (auf das 65. Lebensjahr bezogen - Riester-Kriterium) anrechnungsfrei gestellt werden.

Die Landesregierung wird darauf achten, daß mit Ein-Euro-Jobs keine regulären Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängt werden. Hier sehen wir auch die Bundesagentur für Arbeit in der Pflicht.

Wir befürworten die Unterstützung von Arbeitslosen beim Schritt in die Selbstständigkeit. Die Ich-AGs haben sich dazu aber nicht bewährt, sie haben sich größtenteils als ein ineffektives Arbeitsmarktinstrument erwiesen.

XIV.

Um die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen, braucht Nordrhein-Westfalen Europa. Die europäischen Völker haben sich gemeinsamen Institutionen gegeben, um gemeinsame Entscheidungen zu treffen. Sie haben beschlossen, die Grenzen in Europa zu beseitigen.

Wir sind verflochten mit unseren Nachbarn wie kaum eine andere Region in der EU. Schon deshalb werde ich mich als Ministerpräsident sehr aktiv um den weiteren Fortgang des europäischen Einigungsprozesses kümmern. Ich werde darauf achten, daß die Mitwirkungsrechte der Länder nicht eingeschränkt werden und Europa das Subsidiaritätsprinzip beachtet. Ich will auch keine Subventionen, die mit unserem Steuergeld Arbeitsplatzverlagerungen nach Osteuropa fördern. In diesem Sinn werden auch unsere Landesvertretungen in Brüssel und Berlin eine wirksame Vorfeldbeobachtung und Einflußnahme bei der europäischen Rechtssetzung

übernehmen. Die Landesregierung wird mit ihren Kontrollmöglichkeiten (Arbeitsschutz), aber auch in Zusammenarbeit mit den Kammern alles tun, um Mißbrauch der Dienstleistungsfreiheit, besonders im Fliesenleger-Handwerk, zu bekämpfen.

Ich werde dem Ausbau der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen unseres Landes zu seinen Nachbarn große Aufmerksamkeit widmen. Mein Besuch in den Niederlanden eine Woche nach meiner Wahl zum Ministerpräsidenten war Ausdruck dieser Entschlossenheit. Sie gilt in gleicher Weise Belgien und Luxemburg. Ich möchte, daß unsere Nachbarländer Nordrhein-Westfalen als das freundliche Antlitz Deutschlands sehen. Ich möchte, daß wir vier -- Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Nordrhein-Westfalen, vormachen, was wir unter Europa verstehen.

Europa wird eine starke politische Einheit nur, wenn Deutschland und Frankreich ihre Zusammenarbeit vertiefen und als Dienst an Europa verstehen. Ich werde unseren Beziehungen zu Frankreich ausbauen. Ich freue mich, am 01. September 2005, den Tag des Beginns des 2. Weltkrieges auf Einladung des polnischen Ministerpräsidenten in Warschau und Kattowitz mit ihm und polnischen Jugendlichen zusammenzutreffen.

Ein Aspekt der Globalisierungsängste, die zu den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden geführt haben, war die Angst vor Europas Grenzenlosigkeit. Grenzenlosigkeit führt zu Selbstverlust. Deswegen muß Europa sich Grenzen setzen, sowohl nach außen wie durch Differenzierung im Innern, durch die sich ein fester Kern bildet, der das Ganze zusammenhält. Nordrhein-Westfalen soll diesem Kern zugehören.

Europa ist, wie Jean Monet sagte, „ein Beitrag zu einer besseren Welt“. Er ist in Zeiten der Globalisierung und der damit verbundenen Umbrüche wichtiger denn je.

XV.

Die Arbeitskosten in Deutschland sind zu hoch. Sie müssen gesenkt werden. Aber wir werden gar nicht soviel sparen können, um uns allein über die Kosten im internationalen Wettbewerb behaupten zu können. Wir sind ein Hochlohnland und werden es bleiben. es. Wer teurer als andere ist, muß besser sein. Das beginnt in den Kindergärten und Schulen. Wissen ist zum wichtigsten Produktionsfaktor geworden.

Die Herausforderungen der Wissensgesellschaft nehmen wir vor allem mit einer grundlegenden Schulreform an. Hinzu kommt eine Reform unseres Hochschulsystems.

Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Unsere Gesellschaft darf nicht auseinanderfallen in Gebildete und Ungebildete, in Ausgeschlossene und Dazugehörige. Bildung hat für uns Priorität. Sie ist für uns ein Kernelement der sozialen Ordnungspolitik. In Nordrhein-Westfalen müssen wir von den hinteren Rangplätzen bei PISA wegkommen.

Wir vertrauen unseren Lehrerinnen und Lehrern. Wir bauen auf ihren Elan, ihr Engagement für Kinder und Jugendliche und ihre pädagogische Leidenschaft. Unsere Lehrerinnen und Lehrer und die Schulleiter leisten gute Arbeit. Sie kämpfen aber mit zu vielen Problemen: Mit Unterrichtsausfall, mit ständig neuen Verordnungen und Erlassen, die nie umgesetzt werden konnten. Wir wollen sie von Schulbürokratie befreien, damit sie sich wieder auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können.

Alle Absolventen unserer Schulen, die können und wollen, müssen lesen, schreiben und rechnen können. Sie sollen eine moderne Allgemeinbildung erhalten, die ein solides Fundament für Studium oder Beruf, für Weiterbildung und lebenslanges Lernen ist.

Wir wollen, daß die Schülerinnen und Schüler nach ihrer Begabung gefördert werden. Deshalb halten wir am gegliederten Schulwesen fest. Es unterstellt keine Gleichheit der Begabungen am Anfang der Schullaufbahn und erstrebt

keine Gleichheit der Bildung an ihrem Ende. Es gewährleistet aber, daß jeder seine individuellen Talente bestmöglich entfalten kann. Das Schulwesen, das wir wollen, kennt keine Restschule. Es fördert praktische und theoretische Begabungen gleichermaßen.

Wir sorgen für mehr und besseren Unterricht. Wir werden in dieser Legislaturperiode 4.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall schaffen. Damit fangen wir sofort an. Bereits zum Start des neuen Schuljahrs im August stellen wir 1.000 neue Stellen bereit. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrer so rechtzeitig einzustellen, daß sie mit Beginn des neuen Schuljahres, spätestens nach den Herbstferien, ihre Arbeit an den Schulen, die einen wirklichen Bedarf nachweisen, aufnehmen können. Gleichzeitig stocken wir die Geld statt Stellen-Mittel um 20 Mio. Euro auf 115,5 Mio. Euro auf. Wir setzen damit um, was wir vor der Wahl gesagt haben.

Die wenigen Wochen bis zum Beginn des neuen Schuljahres werden wir zudem für weitere Veränderungen nutzen.

Die Schülerinnen und Schüler der Klasse 3 werden weiterhin ein Halbjahreszeugnis erhalten. Leistung ist nichts Schlechtes und Leistungsbewertung nicht falsch.

Die Fächer Biologie, Chemie und Physik bleiben erhalten. Das von der früheren Landesregierung für das Schuljahr 2005/2006 geplante neue Fach Naturwissenschaften wird nicht eingeführt. Schulen, die das Fach Naturwissenschaft im Schuljahr 2004/2005 in Klasse 5 probeweise unterrichtet haben, können dies bis zum Ende des Schuljahres 2005/2006 in Klasse 6 fortführen.

Beide Vorhaben sind Inhalt einer Rechtsverordnung, die noch zum 1. August 2005 in Kraft gesetzt werden soll.

Die Einführung von Ganztagsangeboten in den Schulen war ein richtiger

Schritt, der aber nicht weit genug geht. Wir werden die Ganztagsangebote erweitern. Wir werden bis 2012 erstmals 50.000 vollwertige Ganztagsangebote in der Hauptsschule schaffen. Die Angebote in der Grundschule werden wir qualitativ erheblich verbessern, damit sie keine bloßen Betreuungsangebote bleiben. Durch eine solche Qualitätsverbesserung werden wir die Attraktivität erhöhen und deswegen über die bisherige Zielmarke von 200.000 Ganztagsangeboten in der Grundschule bis 2007 hinausgehen.

Die Ganztagschule ist ein wichtiger Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Sie erlaubt Eltern eine gute Vereinbarung von Familie und Beruf. Sie erlaubt den Schulen eine flexible Gestaltung des Unterrichts mit mehr individueller Betreuung und Förderung. Dazu gehört auch, daß Schülern, die es nötig haben, wieder Zeit für das intensive Einüben von Lesen und Schreiben gegeben wird. Entsprechende Übungskurse sollen bei Bedarf nachmittags angeboten werden. Noch für das kommende Schuljahr werden wir zusätzlich zu den bisher vorgesehenen Mitteln für Ganztagsangebote 24 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Am Ende werden es -- wie in der Koalitionsvereinbarung festgelegt -- jährlich zusätzlich 120 Mio. Euro sein oder 2.400 Lehrerstellen-Äquivalente. Wir tun damit, was wir versprochen haben.

Unsere Schulen müssen mehr Verantwortung für die Ergebnisse ihrer Arbeit übernehmen. Die Schule der Zukunft ist die verantwortliche und deshalb selbständige Schule. Wir werden die Schulen in die Lage versetzen,

- ein spezifisches Angebotsprofil zu entwickeln,
- ihr Personal selbst einzustellen,
- gezielt Personalführung und -entwicklung zu betreiben,
- eigenständig über ihre Mittel in Form von Stellen und Sachmittelbudgets zu entscheiden,
- den Unterricht im Rahmen staatlicher Vorgaben selbstbestimmt zu

organisieren und

- sowohl eigenverantwortlich als auch durch Unabhängige von außen ihren Entwicklungsstand und ihre Qualität zu überprüfen.

Unser Ziel ist, daß die Schulleiter von den Schulkonferenzen zunächst auf die Dauer von acht Jahren gewählt werden.

Wir wollen den fairen Wettbewerb der Schulen, weil wir überzeugt sind, daß er zu mehr Leistung führen wird. Selbständigkeit und Wettbewerb als Prinzipien der sozialen Ordnungspolitik sind für uns Grundelemente auch einer modernen Schulentwicklung. Wir werden dafür sorgen, daß Leistungsdaten einzelner Schulen veröffentlicht und verglichen werden können.

Dabei werden wir Unterschiede gewichten und berücksichtigen, also auch die unterschiedlichen sozialen Randbedingungen ins Auge fassen. Diese abgesicherte Aufbereitung von Leistungsdaten einzelner Schulen ist auch eine grundlegende Bedingung, um Schulen mit besonderem Handlungsbedarf zu identifizieren. So können Ressourcen zielgerichtet zugeteilt, Unterstützungsmaßnahmen passgenau konzipiert und die schulischen Standortvoraussetzungen angemessen berücksichtigt werden.

Regelmäßige Überprüfung der Leistungen nicht nur der Lernenden, sondern auch der Lehrenden und der einzelnen Schulen sind ein wichtiger und selbstverständlicher Bestandteil eines freiheitlichen Schulsystems. Dazu gehören auch eine verbindliche externe Evaluation und ein wirksames schulformbezogenes Controlling der Schulaufsicht.

Wir werden wieder mehr Wert auf Erziehung legen. Wir wollen dafür sorgen, daß unsere Schulen ihren Erziehungsauftrag wieder selbstbewusst wahrnehmen können - vor allem gemeinsam mit den Eltern. Das ist in allen Schulformen gleichermaßen notwendig. Der Erziehungsauftrag der Schule ist nicht wertneutral, sondern wertorientiert. Unser christlich-jüdisch-

abendländisches Erbe und die Werte der Aufklärung sind dafür die richtige Grundlage.

Wir werden das Schulgesetz und die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zum Schuljahr 2006/2007 novellieren, wie wir es angekündigt haben.

Im Zuge dieser Reform werden wir u. a. das Berichtszeugnis am Ende von Klasse 2 um Ziffernnoten ergänzen. Das gibt den Eltern verlässliche Informationen und greift das Interesse von Kindern auf, sich zu vergleichen und zu messen.

Wir werden den so genannten Drittelerlass in der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Sekundarstufe I wieder aufheben.

Zentrale Abschlussprüfungen für die Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und für das Abitur verschaffen auf Dauer den Schulen klare Zielerwartungen und sichern bei den Schulabschlüssen Vergleichbarkeit und Gerechtigkeit.

Wir werden das Einschulungsalter schrittweise und behutsam senken. Auch damit tragen wir auch dazu bei, daß die Abhängigkeit der Bildungschancen von der sozialen Herkunft gemindert wird.

Wir wollen schrittweise erreichen, daß in der Grundschule noch früher an das Erlernen einer Fremdsprache herangeführt wird und streben Fremdsprachenunterricht bereits in der 1. Klasse an.

Wir werden mehr Unterricht dadurch gewährleisten, daß Elternsprechtage, Konferenzen oder Weiterbildungen grundsätzlich außerhalb der Unterrichtszeiten stattfinden.

Den Schulen in freier Trägerschaft werden wir ein dauerhaft verlässlicher Partner sein. Mit dem In-Kraft-Treten der ersatzschulfinanzrechtlichen Vorschriften des Schulgesetzes zum 1. Januar 2006 wird das alte Niveau der Ersatzschulförderung für die Zukunft wieder festgeschrieben.

Die weitreichende Freiheit der Schulen in neuer Selbstverantwortung wird zur Ausbildung besonderer Profile und Schwerpunkte führen. Dadurch

bekommen wir die Vielfalt, die unser Schulwesen in Nordrhein-Westfalen braucht, um auch im internationalen Vergleich Spitze zu sein.

XVI.

Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen international Spitze sein

Wir werden baldmöglichst ein Hochschulfreiheitsgesetz vorlegen. Freiheit und Wettbewerb werden die Leitmotive dieses Gesetzes sein. Die Hochschulen bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, werden jedoch keine staatlichen Anstalten mehr sein. Der Staat führt die Rechts-, jedoch nicht mehr die Fachaufsicht.

Die Landesregierung wird den Hochschulen ermöglichen, Studienentgelte bis zu einer Obergrenze von 500 Euro pro Semester zu erheben. Die zusätzlichen Einnahmen verbleiben ausschließlich an den Hochschulen. Wer Studienentgelte bezahlt, muß gute Studienbedingungen vorfinden. Die Angebote der Hochschulen müssen jedem Studenten ermöglichen, in der Regelstudienzeit fertig zu werden. Wir werden dafür sorgen, daß niemand in Nordrhein-Westfalen vom Studium abgehalten wird. Deshalb können neben der Berücksichtigung sozialer Aspekte die Studienentgelte nachgelagert entrichtet werden.

Nordrhein-westfälische Hochschulen, die am nationalen Exzellenzwettbewerb mit Erfolg teilnehmen, werden die vorgesehene Kofinanzierung aus dem Landeshaushalt erhalten. Den Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen zu dem gleichfalls unlängst beschlossenen nationalen Pakt für Forschung werden wir sicherstellen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen noch internationaler werden um im globalen Wettbewerb besser bestehen und um für NRW die besten Köpfe gewinnen zu können.

Technologischen Fortschritt kann es nur mit gut ausgebildeten, kreativen Köpfen geben. In einer wettbewerbsfähigen Volkswirtschaft sollten die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung wenigstens drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen. Wir betrachten es als eine vordringliche Aufgabe, dieses Ziel zu erreichen. Nordrhein-Westfalens F+E-Quote liegt gemessen am BIP mit 1,8 % seit Jahren unterhalb des Bundesdurchschnitts. Vor allem im privaten Sektor müssen hier erhebliche Anstrengungen unternommen werden.

Aufgaben und Ziele des neuen Innovationsministeriums sind klar: Lehre und Forschung in Nordrhein-Westfalen auf ein exzellentes Niveau zu heben, den Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erheblich zu intensivieren und die technologische Entwicklung in unserem Land zu fördern. Auch dabei dabei verabschieden wir uns von Regelungsphantasien, die von der staatlichen Planbarkeit der Zukunft ausgehen. Technologische Fortschritte und Revolutionen sind nicht das Ergebnis von F&E-Richtlinien staatlicher Innovationsbüros. Sie werden eingeleitet von neugierigen und kreativen Menschen und wagemutigen Unternehmern, die sich die Freiheit zu etwas Neuem genommen haben. Zukunft kann man nicht planen, Zukunft muß man möglich machen.

Wir werden in den Dialog mit den überregionalen Forschungsorganisationen eintreten, um die Ansiedlung weiterer Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu erreichen.

Die Forschungsförderung wird konzentriert und zielt auf die Stärkung von Stärken ab. Fördermittel werden wir wettbewerblich und zeitlich befristet vergeben. Ihre Vergabe erfolgt durch Experten aus Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Wir wollen die Innovationspolitik auf Felder konzentrieren, auf denen unser Land besonders leistungsfähig ist, damit Wachstum und neue Arbeitsplätze gezielt und nachhaltig entstehen. Zu den Stärken zählen die Felder Life Sciences, Zukunftsenergien, Nano- und Mikrotechnologien, neue Materialien und Werkstoffe, Nachrichtentechnik, Ernährungswirtschaft.

Die Landesregierung wird zur nachhaltigen Förderung von Exzellenz in Wissenschaft und Forschung einen landesweiten Innovationsfonds auflegen, der sich aus Privatisierungserlösen speist.

Über die Entwicklung der technologischen Leistungsfähigkeit Nordrhein-Westfalens werden wir jährlich einen Bericht vorlegen.

So entstehen mehr Wissen und Arbeit durch Innovation. NRW wird ein High Tech-Land.

XVII.

Die dritte große Herausforderung neben Globalisierung und Wissensgesellschaft ist die demographische Entwicklung.

Unsere Gesellschaft verändert sich. Wir werden weniger sein. Unsere Gesellschaft wird älter, aber auch vielfältiger und bunter. Es wird in unserem Land künftig sehr viel mehr alte Menschen, mehr Frauen als Männer und mehr Menschen mit Migrationshintergrund geben. Das hat nicht nur Folgen für die Sozialsysteme. Auch das Zusammenleben der Generationen wird sich wandeln. Die Politik darf die Herausforderungen der demographischen Entwicklung nicht länger ignorieren. Wir stellen uns diesen Herausforderungen und wollen den Prozeß aktiv gestalten, seine Chancen nutzen und seine Risiken minimieren.

Der Zusammenhalt der Generationen und das Gelingen der Integration sind für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend. Ich habe deshalb ein Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration gebildet.

Unser Ziel ist eine neue Kultur der Verantwortung nach den Prinzipien der sozialen Ordnungspolitik. Dabei geht es uns

- um Gerechtigkeit und Teilhabe für alle Generationen,
- um gleiche Chancen für Männer und Frauen, Einheimische und

Zugewanderte,

- um neue Perspektiven für Junge und Alte,
- um den Abbau von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Wir wollen die Familien stärken. Familien sind das sichere Band, das die Generationen zusammenhält. Sie sichern unsere Zukunft. Die Bindung und die Zuwendung in einer intakten Familie geben den Menschen Halt. Hier erhalten Kinder die wichtigste Prägung für ihr weiteres Leben. Hier erfahren ältere Menschen Begleitung und Unterstützung. Die Familie ist und bleibt die verlässlichste Lebensform.

Aber von den Familien wird in steigendem Maße Flexibilität und Mobilität in der Gestaltung des Alltags erwartet. Sie werden häufig überfordert. Die Folge ist: Immer mehr Menschen verzichten auf Kinder.

Wir müssen die Rahmenbedingungen für Familien so verbessern, daß die Menschen wieder mehr Mut haben, ihre Kinderwünsche zu verwirklichen.

Ein Land ohne Kinder hat keine Zukunft. Kinder sind das Allerwichtigste. Kinder sind eine emotionale Bereicherung. Kinder sind die Garanten für eine stabile wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Ein familienfreundliches und kinderreiches Land ist ein Land, in dem man sich wohlfühlt.

Kinder brauchen Aufmerksamkeit. Sie müssen gefördert und gefordert werden. Viele Kinder sind heute sich selbst überlassen. Ihnen fehlen Anregung und Anleitung. Das trifft oft Kinder, deren Eltern dauerhaft von Sozialhilfe abhängig sind. Ihr Lebensunterhalt ist gesichert, aber ihre Lebenschancen drohen zu verderben. Wir können uns Gleichgültigkeit nicht leisten. Wir müssen mehr tun als bisher und neue Wege gehen.

Wir wollen die Tageseinrichtungen für Kinder zu Familienzentren weiterentwickeln. Aufgrund des Rückgangs der Kinderzahl werden bis zum Ende des Jahrzehnts rd. 3.000 Gruppen in den 9.500 Kindertageseinrichtungen unseres Landes frei. Wir werden die Schließung

von Kindergärten wo immer möglich vermeiden. Wir wollen, daß sie neue Aufgaben übernehmen.

Nach Auffassung der Landesregierung gibt es bis 2012 einen Bedarf von rund 50.000 Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren und einen Bedarf von weiteren 20.000 Plätzen bei Tagesmüttern und -vätern. Wir werden durch eine Änderung des Gesetzes über die Tageseinrichtungen für Kinder die Kommunen in die Lage versetzen, ein entsprechendes Angebot in den freiwerdenden Kindergartengruppen zu schaffen. Wir werden die Kommunen von möglichst vielen Bau- und Betriebsstandards befreien. Damit schaffen wir Schritt für Schritt eine Steigerung der Betreuung von Unterdreijährigen von heute 2,8 auf 20 %. Das ist unser Ziel, das setzen wir um.

Die Kindergärten sollen Knotenpunkte in einem neuen Netzwerk werden, das Familien umfassend berät und unterstützt. Neben ihrem Auftrag als Einrichtungen zur Erziehung und Betreuung von unterdreijährigen Kindern, Kindergartenkindern und schulpflichtigen Kindern sollen die Familienzentren

- einem klaren Bildungsauftrag bekommen,
- zu Vermittlungsagenturen für Tagesmütter und -väter werden,
- zu Zentren für vorschulische Sprachförderung,
- zu schulvorbereitenden Einrichtungen für schulpflichtige, aber nicht schulreife Kinder.

Mit Tagesmüttern und -vätern, Familienzentren und Ganztagschulen wollen wir Schritt für Schritt ein lückenloses, bedarfsgerechtes und verlässliches 3-Säulen-Modell der Kinderbetreuung aufbauen, das hohen pädagogischen Ansprüchen genügt. Wir wollen nicht zulassen, daß Kinder in einen Teufelskreis geraten, der sie nach unten zieht. Wir werden die Chancen für Bildung und Integration deutlich verbessern.

Wir werden bei der Verbesserung der Betreuung auch die Wirtschaft nicht

aus ihrer Pflicht entlassen. Die Devise „Lieber kinderlos als arbeitslos“ darf nirgendwo mehr gelten.

Die Zukunft, die wir wollen, bietet Frauen wie Männern gleiche Entwicklungschancen. Sie stützt sich auf die Kompetenzen beider Geschlechter. Erwerbsarbeit und Familie sind keine unvereinbaren Gegensätze.

Die Kompetenzen von Frauen müssen stärker als bisher genutzt werden. Wir haben heute in unserem Land viele hervorragend ausgebildete Frauen. Ihre Qualifikation und Motivation muß besser genutzt werden. Zur Zeit werden mehr als die Hälfte der Mädchen in nur zehn Berufen ausgebildet. Die Frauenerwerbsquote ist in unserem Land unterdurchschnittlich. Das soll sich ändern.

Wir wollen eine Kinder- und Jugendpolitik, die hilft statt im Stich zu lassen. Immer mehr Kinder wachsen ohne Geschwister auf. Und vor allem in den Städten wachsen sie häufig in einem wenig kinderfreundlichen Umfeld auf.

Hier ist die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit mit ihren Angeboten ein wichtiger Partner. Sie bietet den Heranwachsenden die Möglichkeit, andere Kinder kennenzulernen, mit ihnen zu spielen und zu lernen.

Uns ist der Schutz der Kinder vor Armut, Gewalt und Ausgrenzung wichtig. Damit meine ich den Jugendmedienschutz ebenso, wie gewaltpräventive Maßnahmen, aber auch eine konsequente Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität.

Die Landesregierung strebt mit einer Bundesratsinitiative an, daß Kinder unter 14 Jahren nicht mehr in die Grundsicherung fallen. Der Kindergeldanspruch beträgt zur Zeit 154 Euro, die Grundsicherung 207 Euro. Diese Diskrepanz kann ausgeglichen werden, indem das Kindergeld um 53 Euro erhöht wird. Das hätte den großen arbeitsmarktpolitischen Vorteil, daß mehrköpfige Bedarfsgemeinschaften durch eigene Arbeit früher vollständig aus der Grundsicherung herauskommen als bisher. Der Skandal, daß in

Deutschland über 1 Million Kinder in der Grundsicherung sind, wäre beseitigt.

Sucht ist eine ernstzunehmende Krankheit, die wir in der Kinder- und Jugendpolitik gemeinsam mit der Gesundheitspolitik bekämpfen wollen. Gerade bei Kindern und Jugendlichen ist der Konsum von legalen und illegalen Drogen erschreckend hoch. Wir wollen die Suchtprävention stärken.

Notwendig ist zugleich ein ausreichendes Hilfsangebot für Suchtkranke. Wir akzeptieren die auf kommunaler Ebene getroffenen Entscheidungen zur Einrichtung von Drogenkonsumräumen und werden die Weiterentwicklung von Substitutionsprogrammen aktiv begleiten.

Unsere Politik für alle Generationen legt besonderes Augenmerk auf die älteren und alten Menschen. Die Gruppe der über Sechzigjährigen wird bald den größten Anteil der Bevölkerung stellen.

Maßgeblich für einen Konsens zwischen den Generationen und für ein respektvolles Miteinander ist die Entwicklung neuer, realistischer Bilder vom Alter. Wir wollen eine neue Kultur gegenseitiger Wertschätzung und generationenübergreifender Solidarität ermöglichen. Es geht darum, die Potentiale der älteren Menschen wahrzunehmen und zu nutzen.

Mit dem Älterwerden gewinnen die Menschen Zeit für sich. Wir müssen auf sie zugehen, sie bitten, unserer Gesellschaft etwas von ihrer gewonnenen Zeit und von ihren Fähigkeiten zu geben. Wir wollen, daß starre Altersbeschränkungen gelockert werden. Wir wollen mehr Möglichkeiten für den Einsatz von Seniorexperten schaffen, z. B. in Schulen und Hochschulen. Wer leistungsfähig ist und arbeiten will, auf dessen Beitrag können und wollen wir in Zukunft nicht mehr verzichten.

Wir setzen uns für eine zukunftsfähige Alterssicherung ein. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen sind permanente Reparaturarbeiten an der Rentenversicherung leid. Altersvorsorge braucht Verlässlichkeit. Die

Landesregierung wird deshalb für Maßnahmen eintreten, die der dauerhaften Stabilisierung der Alterssicherung dienen, den Menschen auch bei zunehmend unsteten Erwerbsverläufen eine verlässliche Perspektive bieten und Kindererziehende unterstützen.

Gerade in diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß wir in der Vergangenheit nicht sorgfältig mit den Institutionen umgegangen sind, die Halt und Zusammenhalt geben, in denen Tugenden, Maß und Mitte gelernt werden, in denen Solidarität eingeübt wird. Dadurch haben wir eine Entsolidarisierung und eine Ellbogenmentalität mitbefördert, in der der Ehrliche sich nicht selten wie der Dumme vorkommt. Wir müssen daran arbeiten, daß die Institutionen wiedererstarken: Von der Familie über die Nachbarschaften, die Selbsthilfegruppen und Projekte, die Vereine, bis zu den Gewerkschaften, den großen Verbänden und den Kirchen.

Besonders erwähnen möchte ich die Sportvereine. Sie leisten eine großartige Integrationsleistung, gerade bei Kindern und Jugendlichen, aber nicht nur bei ihnen. Der Sport kann sich der Unterstützung durch die Landesregierung sicher sein. Ich nenne nur ein Vorhaben in diesem Bereich, wenn ich ankündige, daß wir fünf neue Sportschulen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren aufbauen.

XVIII.

Angesichts demographischer und soziostruktureller Veränderungen und der Fortschritte in Medizin und Technologie steht das Gesundheitswesen vor großen Herausforderungen. Ohne ein deutlich verstärktes Engagement in Prävention und Gesundheitsförderung lassen sie sich nicht bewältigen.

Die Menschen müssen gesünder leben. So lassen sich langfristig Krankheiten, die durch Verhalten und Lebensweise beeinflussbar sind, wie Herz-Kreislauferkrankungen oder Krebserkrankungen, soweit wie möglich

verhindern oder in ihrer Ausbreitung behindern.

Damit muß man frühzeitig im Kindes- und Jugendalter anfangen. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen werden wir deshalb zusammen mit den Partnern im Gesundheitswesen bestehende Initiativen in zentralen Themenfeldern -- Förderung des Nichtrauchens, seelische Gesundheit, Gesundheit von Mutter und Kind -- initiieren und unterstützen.

Auf der Grundlage des neuen Krebsregistergesetzes werden wir als eines der wichtigsten gesundheitspolitischen Ziele die Krebsbekämpfung in unserem Land weiterentwickeln und fördern. Die Daten über das Krebsgeschehen in ganz NRW und bezogen auf alle Krebsarten werden zur Verbesserung der Früherkennung, Versorgung und Erforschung von Krebskrankheiten genutzt. Das NRW-Krebsregister wird nach Aufbau eines der größten und modernsten weltweit sein.

Wir wollen uns dafür einsetzen, daß schwerstkranke Menschen zu Hause in gewohnter familiärer Umgebung die letzte Lebensphase verbringen können. Dafür muß ein Netz von bedarfsgerechten und flächendeckenden palliativmedizinischen und palliativpflegerischen Versorgungsangeboten im ambulanten Bereich, aber auch in den Krankenhäusern auf- und ausgebaut werden. Die palliative Versorgung soll begleitet werden durch eine gute Kooperation mit Hospizdiensten. Hier ist unser besonderes Anliegen die Verbesserung der Kinderhospizversorgung. Das besondere Engagement der ehrenamtlich Tätigen in diesem Bereich muß professionell unterstützt werden.

Zur stationären Versorgung soll jeder Mensch in Nordrhein-Westfalen ein Krankenhaus der Grundversorgung in der Nähe und ein Krankenhaus der Schwerpunkt- bzw. Maximalversorgung in angemessener Entfernung finden.

Die Investitionsfinanzierung der Krankenhäuser muß dazu auf eine verlässliche Planungsbasis gestellt werden. Die Planungszeiträume sollen mittelfristig verkürzt werden, damit erkannter Bedarf und tatsächliche

Investitionen näher aneinander rücken. Durch bestandskräftige Bescheide sind erhebliche Investitionsmittel für die nächsten Jahre bereits gebunden. Die Landesregierung stellt deshalb klar, daß eine Förderung von neuen Investitionsvorhaben nicht vor dem Jahr 2007 stattfinden kann.

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist – neben der ambulanten und der stationären Versorgung – die unverzichtbare dritte Säule unseres Gesundheitssystems. Er ist und bleibt eine wichtige Schaltstelle, wenn es um die Versorgung und die Versorgungsstrukturen vor Ort, um Kooperationen und Vernetzung, um Prävention, Patientensouveränität und soziale Chancengleichheit geht.

Die Versorgung Pflegebedürftiger und die Unterstützung ihrer Angehörigen hat einen hohen Stellenwert:

- Unser Leitmotiv ist: Mehr Zeit für die Pflege, weniger Bürokratie. Wir akzeptieren nicht, daß Pflegekräfte 40 Prozent ihrer Zeit in Verwaltung investieren müssen. Wir werden daher die Qualität sowohl in der häuslichen als auch in der stationären Pflege sichern und den damit verbundenen bürokratischen Aufwand auf das notwendige Mindestmaß begrenzen.
- Wir werden die Altenpflegeausbildung qualitativ und quantitativ ausbauen. Die Bereitstellung von zusätzlichen 1.000 Schulplätzen soll jungen Menschen neue Ausbildungschancen eröffnen.

Für die 2,3 Mio. Menschen mit Behinderung in NRW werden wir ein verlässlicher Partner sein. Eltern sollen sich auch für ein behindertes Kind entscheiden können. Wir werden dafür ein Programm „Teilhabe für alle“ auflegen. Wir werden sicherstellen, daß neben ausreichenden stationären Angeboten auch vor Ort tragfähige ambulante Hilfen angeboten werden.

Die Menschen in den Werkstätten für Behinderte werden älter und gehen vermehrt in Rente. Für sie brauchen wir aktivierende Angebote nach der Arbeitsphase, damit sie in der vertrauten Umgebung den verdienten

Lebensabend gestalten können. Für diese neue Aufgabe in der Behindertenpolitik brauchen wir ein verlässliches System, das wir mit den Beteiligten erarbeiten werden. Unser Ziel ist, daß die Menschen in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und so ihren bisherigen Lebensmittelpunkt behalten können.

Wir setzen uns zukünftig auch dafür ein, daß behinderte Menschen, denen eine adäquate Ausbildung oder Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht möglich ist, in Berufsbildungswerken, Berufsförderungswerken und Werkstätten für Behinderte ausgebildet werden. Hierfür wird die Investitionsförderung fortgesetzt.

XIX.

Wir wollen keine Parallelgesellschaften, sondern mehr Integration. Die Integration von Menschen aus anderen Kulturen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Ich bin überzeugt, daß unser Land diese Herausforderung bewältigen kann. Nordrhein-Westfalen hat eine große und lange Integrations-tradition. Es ist für unzählige Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zur Heimat geworden. Wir wollen diese Tradition lebendig halten und fortentwickeln. Wir wollen eine moderne Integrationspolitik auf der Grundlage der 2001 von allen Parteien des Landtags beschlossenen „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“.

Grundlegende Integrationsvoraussetzungen sind das Beherrschen der deutschen Sprache und das Bekenntnis zu unserer Verfassung und Werteordnung.

Wir wollen, daß alle Kinder am Tag der Einschulung über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Alle Kinder müssen dem Unterricht von Beginn an folgen können. Wir lassen in unverantwortlicher Weise Potentiale ungenutzt, wenn die Bildungsbeteiligung von Migrantenkindern so niedrig wie

bisher bleibt. Das erfordert eine frühestmögliche Sprachförderung. Wenn Sprachtests im vierten Lebensjahr gravierende Lücken ergeben, sollen verbindliche Sprachkurse die Defizite bis zur Einschulung beseitigen.

Wir wollen eine bessere politische Einbindung und Repräsentation insbesondere der Muslime. Wir setzen uns für die Einrichtung einer demokratisch legitimierten, repräsentativen Institution der Muslime in Nordrhein-Westfalen ein, an der möglichst alle muslimischen Gruppierungen vertreten sein sollten. Sie bildet auch die Voraussetzung für die von uns gewollte Einführung eines regulären islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und mit in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften.

Muslimischen Lehrerinnen an öffentlichen Schulen wollen wir das Tragen eines Kopftuches gesetzlich untersagen.

XX.

Wir wollen sicher leben in Nordrhein-Westfalen. In einer Zeit, in der sich unglaublich viel verändert, wächst das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit. Die Menschen sind nicht unbegrenzt mobil und flexibel. Sie leben nicht global. Sie wollen Heimat haben und sich wohl und sicher fühlen, wo sie leben.

- Sie wollen sicher sein vor Straftaten.
- Sie wollen ein ein Lebens- und Arbeitsumfeld nach menschlichem Maß, in den Städten ebenso wie im ländlichen Raum.
- Sie wollen, daß die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig geschützt werden und für kommende Generationen bewahrt werden.
- Sie wollen auf die Sicherheit, Gesundheit und Verantwortbarkeit der Produkte oder Dienstleistungen vertrauen können, die sie kaufen oder

in Anspruch nehmen.

Für die neue Landesregierung ist das Sicherheitsbedürfnis der Menschen eine besondere Verpflichtung.

XXI.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen verbessern.

Die Polizei soll sich wieder auf ihre Kernaufgaben der Gefahrenabwehr, der Vorbeugung vor Straftaten und der Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren können. Wir wollen eine orts- und bürgernahe Polizei. Wir wollen, daß künftig mehr Polizisten in den Polizeiwachen und Kommissariaten eingesetzt werden und wieder mehr gefahndet statt verwaltet wird. Wir wollen das erreichen durch in den Kreispolizeibehörden entwickelte Reformen. Dazu gehören

- Bürokratieabbau und Entlastung von Verwaltungsaufgaben,
- Bündelung von besonderen Aufgaben, z.B. Mordkommission, Staatsschutz, Terrorbekämpfung,
- Zusammenlegung von Polizeiinspektionen,
- Organisation von Einsatzzentralen über die Kreisgrenzen hinweg.

Die Kreispolizeibehörden sollen die Möglichkeit erhalten, Aufgaben gemeinsam wahrzunehmen bzw. sich auf freiwilliger Basis zusammenschließen zu können.

Der internationale Terrorismus und die organisierte Kriminalität sind zentrale Herausforderungen für die deutschen Sicherheitsbehörden. Nordrhein-Westfalen wird sich an einer wirksamen Abwehr dieser Gefahren beteiligen und sich vor allem für die Verbesserung des Informationsaustauschs aller beteiligten Behörden im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten

einsetzen.

Wir werden den Rechts- und Linksradikalismus entschlossen bekämpfen. Gleiches gilt für den islamistischen Fundamentalismus.

Feuerwehren und Hilfsorganisationen zählen zum Rückgrat landesweiter Sicherheit und des Katastrophenschutzes. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten hervorragende Arbeit, viele von ihnen ehrenamtlich. Trotz der dramatischen Haushaltslage wird das Land aus dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer eine Ausstattungsinitiative zugunsten der Hilfsorganisationen und Feuerwehren finanzieren.

Der Weltjugendtag im August und die Fußballweltmeisterschaft 2006 sind großartige Ereignisse. Wir sind uns stolz, daß sie bei uns stattfinden. Wir heißen Hunderttausende Gäste aus aller Welt willkommen und freuen uns, mit ihnen zu feiern. Wir werden als Gastgeber alles dafür tun, daß sie gerne hier sind und daß es sicher zugeht. Schon jetzt möchte ich allen ehrenamtlichen Helfern, den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die ihre Wohnungen zur Verfügung stellen, den Kommunen, den Organisatoren und den Sicherheitskräften für ihre großartige Vorarbeit und Hilfsbereitschaft danken.

XXII.

Zu den Schwerpunkten unserer Justizpolitik gehört neben der konsequenten Strafverfolgung, der Verbesserung des Opferschutzes und der Bekämpfung des Terrorismus die entschiedene Bekämpfung der Klein- und Massen- sowie der Jugendkriminalität.

Vorstößen zur Entkriminalisierung von Massendelikten erteilen wir eine klare Absage. Laden-, Taschen- oder Fahrraddiebstahl, Sachbeschädigung oder Schwarzfahren dürfen nicht als Kavaliersdelikte abgetan werden.

Mit Sorge betrachten wir die zunehmende Kriminalität von Jugendlichen und Heranwachsenden. Die alarmierende Zahl von jugendlichen Gewalt- und

Intensivtätern zurückzuführen, ist eine zentrale Aufgabe, der wir uns stellen. Diese Aufgabe kann aber weder das Strafrecht noch die Justiz allein bewältigen. Wir fördern nachhaltig die Zusammenarbeit aller an der Prävention beteiligten Einrichtungen und werden Frühwarnsysteme unterstützen, die auch bei hoch auffälligen Jugendlichen Erziehungserfolge erwarten lassen. Den Drogenhandel im Umfeld unserer Schulen werden wir entschieden bekämpfen.

Wir werden eine Bundesratsinitiative dafür ergreifen, daß der sexuelle Mißbrauch von Kindern als Verbrechen bestraft wird.

XXIII.

Der Schutz unserer schönen und vielfältigen Natur – von der Eifel bis zur Weser, vom Siegerland bis zum Teutoburger Wald – ist uns wichtig, weil wir das Gebot der Bewahrung der Schöpfung ernstnehmen. Er ist uns wichtig, weil eine intakte Lebenswelt ohne den Schutz von Natur und Kulturlandschaften keine Zukunft hat. Er ist uns wichtig, weil es sich dabei um Gesundheitsvorsorge im besten Sinn handelt. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um die Voraussetzungen für saubere Luft, sauberes Wasser und intakte Böden als Lebensgrundlagen zu erhalten.

Dabei werden wir neue Wege gehen. Wir werden Natur- und Umweltschutz mit den Menschen organisieren, nicht ohne oder gegen sie. Wir werden ihn gemeinsam mit den Landwirten, den Waldbauern und Forstleuten, den Gartenbauern und Kleingärtnern, den Jägern und Fischern und mit den Naturschutzverbänden verbessern. Bevormundende Bürokratie wollen wir deswegen abbauen.

Wir werden den nordrhein-westfälischen Naturschutz sehr stark unter das Zeichen des Vertragsnaturschutzes stellen. Bei der Sicherung des FFH-Gebietsnetzes werden wir alle Möglichkeiten der Freiwilligkeit ausschöpfen.

FFH-Gebiete müssen nicht zwingend als Naturschutzgebiete ausgewiesen werden.

Wir werden frühzeitig Einfluß auf die Erarbeitung von Rechtsvorschriften auf Bundes- und EU-Ebene nehmen. Weil wir wollen, daß Vorschriften nur 1:1 in Bund und Land umgesetzt werden, werden wir das Landeswassergesetz und das Landschaftsgesetz novellieren, um das Draufgesattelte wieder fortzunehmen.

Wir werden die Entwicklung des Nationalparks Eifel vorrangig unterstützen.

XXIV.

Der informierte und mündige Verbraucher ist Ziel und Leitbild unserer Verbraucherschutzpolitik. Dazu gehört vor allem eine verbraucherorientierte Reform des Kennzeichnungsrechts bei Lebensmitteln. Vertrauen in Anbieter und Produkte setzt Transparenz und Offenheit voraus. Wir setzen im Rahmen sozialer Ordnungspolitik auf starke unabhängige Verbraucherberatungsstellen. Wir setzen uns für eine vollständige und verständliche Deklaration von Lebensmitteln nach Herkunft und Inhaltsstoffen ein. Wir wollen das System der Lebensmittelkontrolle besser ausgestalten und ein besseres Zusammenwirken zwischen öffentlichen und privaten Institutionen gewährleisten. Es wird einen regelmäßigen Bericht der Landesregierung zur Lebensmittelsicherheit in Kombination mit dem Monitoring auf Bundesebene geben.

XXV.

Mehr als 50.000 landwirtschaftliche Betriebe und rund 13.000 Gartenbaubetriebe bilden zusammen mit der Ernährungswirtschaft einen starken und dynamischen Verbund. Sie produzieren gesunde Nahrungsmittel von hoher Qualität und auch in zunehmendem Maße nachwachsende

Rohstoffe und erneuerbare Energie. Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Bereichen bilden sie eine der wichtigsten -- und standorttreuen -- Wirtschaftsbranchen in unserem Land. Gleichzeitig erhalten und gestalten Landwirte unsere schöne Kulturlandschaft. Sie schaffen wertvolle Räume für Freizeit und Erholung, bewahren die biologische Vielfalt und sichern durch nachhaltiges Wirtschaften unsere natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir wollen Landwirte und Gartenbauer stärken und ihnen ein verlässlicher Partner sein. Wir wollen sie wieder als Unternehmer sehen und deshalb das tun, was wir im Rahmen der Ordnungspolitik zur Sicherung und Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit tun können.

Dazu gehört vor allem, daß wir uns für eine EU-weite Harmonisierung im Umwelt- und Tierschutzrecht, in der Handhabung der Pflanzenschutzmittelzulassung sowie der Steuerpolitik einsetzen, um vorhandene Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen. Wir werden unseren Einfluß bei der Europäischen Union und im Bundesrat geltend machen, um Benachteiligungen der nordrhein-westfälischen Landwirte zu verhindern.

Wir werden gemeinsam mit den Kommunen und den beteiligten Verbänden neue Konzepte und Finanzierungsmodelle für die Landesgartenschauen und die Regionalen erarbeiten, um ihre Zukunft zu sichern.

XXVI.

Die großen Städte sind immer Seismographen des Epochenwandels und Labore der Zukunft gewesen. So ist es auch heute.

Unsere Städte stehen vor großen Herausforderungen. Der wirtschaftliche und der demographische Strukturwandel treffen sie in unterschiedlicher Weise und Intensität. Wachstum und Schrumpfung, Chancen und Risiken liegen oft dicht beieinander. Es bedarf großer Anstrengungen, damit sie auch für

kommende Generationen eine lebenswerte Heimat bleiben. Dazu gehört auch eine Belebung der Städtebaukunst.

Im Mittelpunkt unserer Stadtpolitik steht die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur der Innenstädte, Stadtteilzentren und Stadtquartiere. Wir werden Aktivitäten gegen die weitere Auszehrung der Innenstädte einleiten.

Wir werden die Stabilisierung von durch Leerstände und Brachen gezeichneten Stadtteilen ermöglichen und in Zusammenarbeit mit einem kommunalen Flächen- und Ressourcenmanagement eine neue Basis für ein kostenbewußtes Flächenrecycling schaffen helfen. Dazu wird ein runderneuerter Grundstücksfonds gebraucht.

Wir wollen die Städte als Wohnorte stärken und die Möglichkeiten für junge Familien mit Kindern verbessern, Wohneigentum zu erwerben. Damit wollen wir den Segregationsprozessen in unseren Städten entgegenwirken und eine bessere Auslastung und Finanzierung der vorhandenen Infrastruktur erreichen.

Wir werden die Ausgleichsabgabe überarbeiten und schließlich für NRW abschaffen. Noch in diesem Jahr werden wir die Ausnahmetatbestände in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf voll ausnutzen. Ab dem kommenden Jahr werden wir die Einkommensgrenzen für die Erhebung der Abgabe stufenweise anheben bis zur völligen Abschaffung der Abgabe.

XXVII.

Wir werden die Zeiten großer Umbrüche nicht mit menschlichem Maß bewältigen, wenn uns nicht unserer kulturellen Wurzeln bewußt bleiben. Kultur durchdringt alle Politikbereiche, ja stellt gewissermaßen ihre Basis dar. Denn was immer wir tun, es muß an den Werten orientiert sein, die unsere Verfassung voraussetzt, aber selbst nicht schaffen kann: An Werten, die allgemeine Anerkennung verdienen und die unsere Kultur in vielen Jahrhunderten hervorgebracht hat und fortentwickelt. Was z.B. richtig und

falsch, gut und schlecht, bedeutend und belanglos, schön und häßlich ist, darüber läßt sich trefflich streiten. Unser Problem ist nur: wir streiten nicht mehr darüber. Wir unterscheiden nicht mehr, sondern neigen dazu, alles als gleich gültig zu betrachten -- mit der Folge, daß wir es auch gleichgültig behandeln.

Aufgabe von Politik ist es nicht, sich in Sachen Kultur zum Richter aufzuschwingen. Aber Aufgabe von Politik ist es sehr wohl, die Angewiesenheit des Menschen auf Kultur und auf die von ihr hervorgebrachten Werke anzuerkennen und die Diskussion der Experten mit der gleichen Leidenschaft zu fördern und zu begleiten, wie es bei anderen Politikbereichen der Fall ist.

Ein solches Politikverständnis bedingt,

-- daß wir uns, wieder mehr als bisher um den Erhalt der vom Verfall bedrohten Substanz unserer Kultur in unseren Theatern, Museen, Archiven usw. kümmern,

-- daß wir wieder dafür sorgen, daß unser kulturelles Wissen und Können in unseren Kindergärten, Schulen und Hochschulen als untrennbarer Bestandteil von Bildung an die kommenden Generationen weitergegeben wird,

-- daß wir Künstler unterstützen und fördern, weil sie in radikaler Freiheit neue Wege anstoßen und wir diese Anstöße, die nicht selten provozieren und "anstößig" sind, brauchen.

Das werden wir tun.

Da ich Kultur in diesem Sinne als Grundlagenarbeit betrachte, habe ich mich entschieden, diese Aufgabe in die Zuständigkeit der Staatskanzlei zu geben. Aus demselben Grunde werden wir allen Sparzwängen zum Trotz die Kulturfördermittel des Landes mittelfristig verdoppeln.

Nordrhein-Westfalen besitzt vor allem in seinen Kommunen einen kulturellen Reichtum und eine kulturelle Dichte wie kaum eine andere Region der Welt -- nur weiß es kaum jemand, weder in anderen Ländern noch hierzulande. Was liegt da näher, als gemeinsam mit den Kommunen unsere Schätze wieder zum Leuchten zu bringen -- auf daß unser schönes und reiches Land auch im nationalen und internationalen Vergleich den Stellenwert einnimmt, der ihm gebührt.

XXVIII.

Im nächsten Jahr feiern wir das sechzigjährige Jubiläum unseres Landes. Am 23. August 1946 wurde Nordrhein-Westfalen durch Verordnung der britischen Militärregierung gebildet. Am 2. Oktober 1946 trat der von den Briten ernannte Landtag zum ersten Mal zusammen.

Ich möchte dem Landtag vorschlagen, daß Landtag und Landesregierung am 2. Oktober unseres Jubiläumsjahres 2006 in einer Veranstaltungsreihe an unseren demokratischen Neuanfang erinnern. Wir wollen unser Landesjubiläum überall im Land feiern. Wir haben Grund zum Feiern. Damit wollen wir allen zeigen, wie schön unser Nordrhein-Westfalen ist.

Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr so, wie es vor 60 Jahren war. Dazu haben viele Menschen viel getan. Sie waren Vorbilder. Nordrhein-Westfalen steht vor großen Veränderungen. Dafür brauchen wir neue Vorbilder. Ich suche solche Vorbilder und damit meine ich Menschen, die anpacken und nicht auf den Staat warten; die für andere da sind und nicht nur an sich denken; die Zukunft möglich machen und nicht nur der Vergangenheit nachtrauern.

Wir in Nordrhein-Westfalen haben viel erreicht. Wir in Nordrhein-Westfalen werden noch viel erreichen. Nordrhein-Westfalen kommt wieder. Dessen bin ich sicher.